



Niederschrift

65. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Sitzungstermin:	Dienstag, 13.03.2018
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:45 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
-----------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE
Frau Babette Reimers	SPD
Herr Lars Eichert	CDU/ANW
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen

zusätzliches Mitglied

Herr Georg Bittcher	DIE aNDERE
---------------------	------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP
--	-----

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Dau	SPD
Herr Jan Hanisch	DIE LINKE
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten
Herr Bernd Putz	Behindertenbeirat
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW
Herr André Tomczak	DIE aNDERE
Herr Rudi Wiggert	SPD

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Bebauungsplanverfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlaer Bahn"
Vorlage: 17/SVV/0970
Fraktion DIE LINKE
(Wiedervorlage)
- 4.2 Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich- Mann-Allee/Wetzlarer Bahn"
Vorlage: 18/SVV/0025
Fraktion CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)
- 4.3 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof
Vorlage: 17/SVV/0979
Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke
FA, KOUL, HA
(Wiedervorlage)
- 4.4 Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier:
Prioritätenfestlegung 2018-2019
Vorlage: 18/SVV/0003
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
alle OBR
- 4.5 BE zur "Verbesserung der Verkehrsführung für den ÖPNV Knotenbereich
Zeppelinstraße/Kastanienallee"
(gem. Beschluss zu DS 16/SVV/0266)
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.6 BE zu "Zeppelinstraße, mikroskopische Simulation auf einer Datenbasis"
(gem. Beschluss zu DS 16/SVV/0365)
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.7 Städtebauliches Sanierungskonzept Kastanienallee
Vorlage: 18/SVV/0157
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 4.8 Verkehrslenkung für die vom Schleichwegeverkehr betroffenen Wohngebiete im
Bornstedt/Bornim/Nedlitz
Vorlage: 18/SVV/0155
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 4.9 Durchgangsverkehr Hügelweg reduzieren
Vorlage: 18/SVV/0055
Fraktion CDU/ANW, SPD
(Wiedervorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, eröffnet die Sitzung.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.02.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 27.02.2018 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht liegen für folgende Tagesordnungspunkte vor:

- TOP 4.3 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof von Herrn Menzel und Herrn Schatz (Anwohner Groß Glienicke)
- TOP 4.4 Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung von Frau Frenzel (Ortsvorsteherin Golm)

Zur Tagesordnung liegt die Bitte der Verwaltung vor, den TOP 4.6 vorzuziehen und daran anschließend die Tagesordnungspunkte 4.5 und 4.7 zu behandeln.

Herr Bittcher bittet unter dem TOP Sonstiges um Auskunft zu Krampnitz und zum Bürgershof.

Gegen die Gewährung der Rederechte erfolgt kein Widerspruch. Die so präzisierte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 **Vorstellung von Bauvorhaben**

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Vorstellung von Bauvorhaben bis auf 3 erfolgt ist und keine Rückfragen offen geblieben sind. Die Vorstellung der noch offenen drei Bauvorhaben wird in der nächsten Runde erfolgen.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 4.1 Bebauungsplanverfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 124
"Heinrich-Mann-Allee/Wetzlaer Bahn"**

Vorlage: 17/SVV/0970

Fraktion DIE LINKE

(Wiedervorlage)

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die beiden Tagesordnungspunkte 4.1 DS 17/SVV/0970 in der Formulierung der Fraktion DIE LINKE und 4.2 DS 18/SVV/0025 in der Formulierung der Fraktionen CDU/ANW, Bündnis90/Die Grünen welche bereits eingebracht worden sind, gemeinsam zu behandeln.

Für den Vorhabenträger ist Herr Kretzschmar (Geschäftsführer KW-Development) anwesend. Anhand einer Präsentation stellt er aktuelle Projekte der KW-Development in Potsdam vor. Hinsichtlich der Gewerbeentwicklung im Brunnen-Viertel informiert Herr Kretzschmar, dass die KW-Development die Entwicklung der benachbarten Brachfläche vorantreiben möchte, die seit Jahrzehnten keine Nutzer anziehen konnte. Dafür wurde eine mögliche Bebauung im Rahmen des geltenden Bebauungsplanes Nr. 124 entworfen. Er macht aufmerksam, dass das mit der Vermietung beauftragte Büro jedoch bisher keine konkreten Interessenten finden konnte. Um bei der Entwicklung der Fläche nicht weiterhin Zeit zu verlieren, wirbt er dafür, ein Bebauungsplanverfahren einzuleiten, um für die Fläche die planungsrechtliche Zulässigkeit einer Seniorenwohn- und Pflegeeinrichtung zu schaffen, wie dies auch von mehreren Fraktionen beantragt worden ist. Herr Kretzschmar ergänzt, dass ein Betreiber bereit stünde und macht auf den aktuell sehr hohen Bedarf an neuen Angeboten im Pflegebereich, betreutes Wohnen und Kita aufmerksam. Da Einrichtungen für Pflege, Kita und betreutes Wohnen in Mischgebieten, Wohn- und Sondergebieten zulässig sind, jedoch nicht in Gewerbegebieten, wird die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 124 vorgeschlagen, die bereits zum jetzigen Zeitpunkt auf den Weg gebracht werden sollte. Für die Änderung des Bebauungsplanes sei mit ca. 1½ Jahren zu rechnen. Herr Kretzschmar ergänzt, dass die Vermarktung des Standortes weiterhin aktiv betrieben wird. Für den Fall, dass sich bis zur Sommerpause kein Interessent zur Umsetzung der Gewerbefläche finden sollte, schlägt er vor die Nutzungsänderung zu starten.

Herr Eichert erinnert an die Ausführungen der Wirtschaftsförderung in früherer Sitzung und bedauert, dass diese konträr zu den Äußerungen von Herrn Kretzschmar im Raum stehen. Aus diesem Grund schlägt er für den Antragsteller zu 18/SVV/0025 vor, die Terminstellung für den Prüfauftrag auf Ende September 2018 zu ändern. Aus dem dann vorliegenden Ergebnis könne man absehen, ob der Standort als Gewerbe verwirklicht werden könne oder nicht, und ob ggf. dem aktuellen Vorschlag des Vorhabenträgers gefolgt werden solle.

Frau Hüneke stimmt als Mit Antragstellerin 18/SVV/0025 dem Vorschlag auf Terminänderung zu und schlägt zusätzlich folgende Ergänzung im letzten Satz des Antrages vor:

„Das Ergebnis ist **nach Abstimmung von Verwaltung und Investor** dem Ausschuss für Stadtentwicklung.....bis **Ende September 2018** vorzulegen.“

Frau Reimers betont u.a. in ihrer Funktion als Mitglied des Wirtschaftsrates, dass nicht nur geprüft werden solle. Vielmehr solle das Interesse darin bestehen, die beiden Seiten (Wirtschaftsförderung und Vorhabenträger) zusammen zu bringen, um einen potentiellen Bewerber für die Gewerbeansiedlung zu finden.

Herr Jäkel informiert nach der Verständigung in seiner Fraktion, dass er den Antrag 18/SVV/0025 unterstütze. Er erklärt den Antrag 17/SVV/0970 der Fraktion DIE LINKE für zurückgezogen, da er sich inhaltlich im Antrag 18/SVV/0025 wiederfindet. Aus seiner Sicht ist es erforderlich zwei Handlungsfelder aufzuklären

- den vorhandenen Gewerbeanspruch / realer Bedarf
- sowie ob es sinnvoll sei die Planung des Baukörpers erst nach dem Vorliegen des konkreten Bedarfes vorzunehmen / geeignete Form.

Zudem bittet Herr Jäkel um Information, ob es hinsichtlich des Kitabedarfes einen schlüssigen Nachweis gebe, dass die Errichtung der notwendigen Kita sowie der Sozialeinrichtungen an anderer Stelle auf Bauflächen im Wohngebiet möglich sind und nicht auf derzeitigen Grünflächen. Auch diese Frage sollte in dem halben Jahr geprüft werden.

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) verweist auf seine Ausführungen in der Sitzung am 13.02.2018. Er betont, dass er die bisherige Zusammenarbeit mit der KW-Development GmbH schätze und macht aufmerksam, dass es sich hier nicht um eine Brache handeln würde, sondern um eine planungsrechtlich gesicherte Gewerbepotentialfläche. Seitens des Besitzers erfolgte bisher keine gewerbliche Vermarktung der Fläche. Herr Frerichs ergänzt, dass Pflegeeinrichtungen auf Gewerbeflächen nicht zulässig sind und verweist auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Stadtentwicklungskonzept Gewerbe und den ausgewiesenen Potenzialflächen (P20). Mit diesem Beschluss besteht der Auftrag, vorsorglich gewerbliche Flächen zu sichern. Die Nachfrage nach kleinteiligen Flächen sei vorhanden. Der Prüfauftrag über ein halbes Jahr erweist sich als schwierig, da damit nicht deutlich gemacht werden könne, dass die gewerbliche Fläche uneingeschränkt zur Verfügung stehe. Hier sei eine klare Ausrichtung erforderlich. Auch durch die relativ direkte Anbindung an die Autobahn sei diese Fläche attraktiv.

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) geht auf die Frage zur sozialen Infrastruktur ein und informiert, dass es einen Kitabedarf von 60 Plätzen gebe, der durch die Errichtung in Waldstadt Süd gedeckt werden könne. Sie ergänzt, dass im Bebauungsplan Nr. 124 eine Kita zugelassen sei und dies keiner Änderung des Bebauungsplanverfahrens bedarf. Auch für Kinder- und Jugendfreizeitstätten gebe es an dieser Stelle keinen Bedarf. Ebenso ist durch das Gesundheitsamt kein Bedarf an Seniorenpflegeplätzen in diesem Bereich festgestellt worden.

Auf Nachfrage von Frau Hüneke ergänzt Herr Frerichs, dass es bereits seit dem 13.02.2018 einen dreimaligen Kontakt mit dem Vorhabenträger in Richtung gewerblicher Entwicklung gegeben habe.

Herr Berlin fragt, ob es im Moment einen konkreten Interessenten für diese

Fläche gibt.

Herr Frerichs antwortet, dass es regelmäßig kleinteilige Anfragen für einen Sofortbezug gebe. Dieser Standort steht jedoch für einen Sofortbezug nicht zur Verfügung, so dass er spekulativ vorgehalten wird. Einen Großanbieter gibt es im Moment nicht.

zu 4.2 Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich- Mann-Allee/Wetzlarer Bahn"

Vorlage: 18/SVV/0025

Fraktion CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)

Siehe TOP 4.1.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag 18/SVV/0025 dem die Linke als Mit Antragsteller beigetreten ist zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Änderung des Bebauungsplanes unter Beachtung des Baukonzeptes vom 07.08.2017 (Anlage) zu prüfen, wobei insbesondere folgende Nutzungen berücksichtigt werden sollen:

- 1) auf dem Grundstück GEe2: Seniorenpflege- und Seniorenwohnheim mit medizinischer Tagespflege und betreute, barrierefreie Seniorenwohnungen mit Pflege und Notfallassistenz,
- 2) auf der Teilfläche GEe3: Fläche für die Realisierung einer Kindertagesstätte mit 130 Plätzen,
- 3) auf dem Grundstück GE 4: Gewerbehof

Gegebenenfalls ist mit dem Bauherrn ein städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB vorzubereiten, in dem sich der Bauherr verpflichtet, sämtliche Verfahrenskosten zu übernehmen und der weitere städtische Belange berücksichtigt.

Das Ergebnis ist **nach Abstimmung von Verwaltung und Investor** dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr bis ~~April~~ **Ende September** 2018 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.3 **Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof**

Vorlage: 17/SVV/0979

Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke
FA, KOUL, HA
(Wiedervorlage)

Herr Sträter (Ortsvorsteher Groß Glienicke) bringt den Antrag ein. Er macht darauf aufmerksam, dass es über 1000 Unterschriften in dieser Angelegenheit gibt und verweist auf die Beschwerde des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen.

Folgende Erfahrungen mit der veränderten Situation sind in Groß Glienicke vorgebracht worden:

- Verlängerung der Fahrzeiten
- Anschlüsse zu anderen Verkehrsmitteln funktionieren nicht mehr
- Probleme für mobilitätseingeschränkte Personen und Fahrgäste mit Kinderwagen, insbesondere beim Einsatz der Tatra-Bahnen mit hohem Einstieg
- erhebliche Umsetzungsprobleme
- direktes Umsteigen funktioniert nicht immer
- schlechter Wetterschutz an der Haltestelle am Campus Jungfersee

In einer Bürgerversammlung in Groß Glienicke wurden folgende Bitten vorgebracht:

- der Bus 638 soll wieder durchfahren
- zu den Schulzeiten sollen mehr Busse durchfahren
- Verbesserung der Fahrtakte

Herr Menzel (Anwohner Groß Glienicke) nimmt das gewährte Rederecht wahr und informiert, dass seitens der Kommunalaufsicht formale Bedenken gegen den im Antrag 17/SVV/0979 vorgeschlagenen Beschlusstext geäußert worden sind. Die Stellungnahme sei auch den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung gestellt worden und könnte auch an die Ausschussmitglieder weitergeleitet werden. Aus diesem Grund wurde bereits im Ortsbeirat Groß Glienicke folgender Antrag gestellt, den Herr Menzel auch im Ausschuss bittet zu übernehmen:

„Der Absatz

„Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam wird als Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Potsdam für die VIP GmbH beauftragt, in einer zeitnah einzuberufenen Gesellschafterversammlung der VIP die Weisung zu geben, den Bus 638 wie gewohnt bis und vom Hauptbahnhof Potsdam auch nach der Fahrplanumstellung 12-2017 fahren zu lassen.“

wird ersetzt durch

Der Potsdamer Oberbürgermeister wird beauftragt, schnellstmöglich eine Gesellschafterversammlung der Potsdamer Stadtwerke einzuberufen. In dieser soll er die Geschäftsführer als Gesellschaftsvertreter in der VIP anweisen, die Busse der Linien 638 und 604 wie vor der neuerlichen Fahrplanumstellung bei jeder Fahrt von und bis zum Potsdamer Hauptbahnhof fahren zu lassen.“

Herr Norbert Schatz (Anwohner Groß Glienicke) ergreift ebenfalls das gewährte Rederecht und hält einen kritischen Blick auf das Konzept für erforderlich. Folgende Punkte werden bemängelt:

- Es handelt sich nicht um einen Parallelverkehr, da das Wohngebiet am Pfingstberg abgeschnitten ist.
- Die Nutzung des Kurzstreckentarifs sei nicht mehr möglich, da die Straßenbahn mehr Haltestellen durchläuft.
- Es erfolgt aufgrund des Umstiegs am Campus Jungfernsee kein Wechsel vom Auto auf den ÖPNV.
- Die Nutzung der Verbindung von Potsdam nach Berlin-Spandau wird erschwert.
- Auftretende Probleme für Menschen mit Handicap.
- Argumentation des ViP hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit ist nicht nachvollziehbar.
- Eine wachsende Stadt erfordert auch die Umsetzung von wachsenden Aufgaben im Bereich des ÖPNV.

Herr Schatz richtet abschließend den Appell an die Ausschussmitglieder wieder eine direkte Busverbindung herzustellen.

Herr Glaser (Geschäftsführer des Verkehrsbetriebes Potsdam) verweist auf die Historie zur Planung, welche bereits aus dem Jahr 2001/2002 stammt. Für die große Verknüpfung war die Busbrechung geplant. Er macht darauf aufmerksam, dass der Bus 609 aus dem Ortsteil Fahrland bereits seit Jahren an der Haltestelle „Am Schragen“ gebrochen worden ist. Herr Glaser bestätigt, dass die angekündigte Situation der „Tür zu Tür“-Verknüpfung schwierig ist und die Überwachung verstärkt werde. Richtig ist ebenfalls, dass sich die Fahrzeit um 4 Minuten verlängert hat. Die Anschlusssituationen der Tram mit dem Ziel einer Verbesserung der Informationen für den/die Nutzer wurden überprüft. Aus diesem Grunde wurden aktuell an den Haltestellen-Aushängen vom Hauptbahnhof bis zum Rathaus zusätzliche Informationen angebracht, welche Straßenbahn der Linie 96 an welche Buslinie Anschluss hat. Die Kurse für den durchfahrenden Schülerverkehr sind zu 96 % besetzt. Alle Kurse danach befördern nur zwischen 25 und 30 Personen. Aus der Innenstadt heraus sind keine klaren Spitzen zu verzeichnen. Herr Glaser merkt an, dass der Bus 604 nach wie vor die Haltestelle am Pfingstberg bedient. Bezüglich der Haltestellensituation führt Herr Glaser aus, dass sich dort im Moment noch eine Baustelle befindet. Zur angesprochenen Barrierefreiheit teilt Herr Glaser mit, dass sich derzeit noch 9 Tatra-Bahnen auf dem Hof befinden, die fahren. 6 Tatra-Bahnen werden grundinstandgesetzt. Der ViP unternimmt den Versuch, diese möglichst dort einzusetzen, wo wenig Verkehr ist. Eine Vermeidung des Einsatzes auf der Linie 96 wird nicht umsetzbar sein. Zur Verbesserung der Information über die Anschlusszeiten werden auch Flyer gedruckt, die Auskunft geben, wann mit welcher Bahn welche Buslinie erreicht werden kann.

Herr Berlin kann die Sorgen der Nutzer durch die Umstellung nachvollziehen. Jedoch wird die Brechung des Verkehrs befürwortet (Dezentralisierung). Der Komfort an den Haltestellenbereichen sollte verbessert werden und die Busfahrer durch die Geschäftsführung diszipliniert werden, bei ankommender Straßenbahn in die Bushaltestelle vorzufahren, um den Fahrgästen den direkten Umstieg zu

ermöglichen.

Herr Dau berichtet, dass im Ortsteil Fahrland ähnliche Probleme angesprochen werden. Auch hier wird bereits eine Unterschriftenliste vorbereitet, da die Leute unzufrieden sind.

Frau Reimers schließt sich den Vorschlägen von Herrn Berlin an. Es sei immer schwer vermittelbar, wenn sich gute in schlechtere Situationen verändern. Insbesondere im Winter sei beispielsweise ein beleuchtetes Wartehäuschen und die Sicherung des „Tür zu Tür“-Umstiegs erforderlich.

Herr Jäkel bestätigt den Handlungsbedarf. Die planmäßige Brechung einer erheblichen Anzahl von Bussen sei nicht umkehrbar. Erhebliche Verbesserungen durch geeignete Maßnahmen sollten aber erfolgen. Beispielsweise wäre denkbar dies in der Fahrzielkennung der Straßenbahn zu integrieren. Die Umsteigebeziehung von Tür zu Tür müsse gewährleistet werden sowie der Wetterschutz im Haltestellenbereich. Ebenso spricht er sich dafür aus zu prüfen, ob einzelne Busse am Nachmittag durchfahren könnten. Auch die Kundenfreundlichkeit müsse durch den Verkehrsbetrieb verbessert werden. Herr Jäkel unterbreitet den Vorschlag, den Antrag zur Beratung in den Fraktionen um eine Sitzung zurückzustellen und auch die Ortsbeiräte einzubeziehen. So könne ermittelt werden, was umzusetzen ist und was zu prüfen ist.

Herr Hanisch erinnert an das im vergangenen Jahr während der großen Baustelle in der Nedlitzer Straße zur Verfügung gestellte Faltblatt des ViP. Durch die rechtzeitige und umfassende Information der Anwohner haben viele Menschen zum damaligen Zeitpunkt ihr Auto stehen lassen und stattdessen den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) genutzt. Dies wäre auch hier wünschenswert gewesen.

Herr Eichert greift die Ankündigung von Herrn Glaser auf, mehr Informationen vorzunehmen. Auch aus seiner Sicht sei die Brechung des Verkehrs sinnvoll, da man mit der Nutzung der Straßenbahn nicht dem Stau ausgesetzt werde. Herr Eichert regt an sich mit dem Antrag Zeit zu nehmen und die vorgebrachten Hinweise aufzugreifen.

Frau Hüneke schlägt vor den Antrag um $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Jahr zurückzustellen, die vorgebrachten Hinweise zu berücksichtigen und umzusetzen und dann ggf. auf den Ortsbeiratsantrag zurückzugreifen.

Herr Bittcher ist der Auffassung, dass die Buslinie durch die Brechung deutlich entlastet worden ist und stattdessen öfter nach Groß Glienicke fahren könnte. So könnte gewährleistet werden, dass zu jeder Straßenbahn, die raus oder rein fährt ein Anschluss da ist. Zudem sind Umstiegshilfen für Menschen mit Behinderungen erforderlich.

Herr Putz macht aufmerksam, dass die Haltestellen in der Brandenburger Straße

und am Nauener Tor nicht behindertengerecht sind und für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste der Ein- und Ausstieg der Straßenbahn schwierig zu bewältigen sei.

Herr Sträter äußert als Antragsteller, dass er dem Vorschlag von Frau Hüneke nicht folgen könne und verweist nochmals auf das Problem, dass der „Tür zu Tür“-Umstieg oft nicht gesichert und eine Disziplinierung der Bus- und Straßenbahnfahrer erforderlich sei. Der Ortsbeirat Groß Glienicke tagt am 20.03.18 zu diesem Antrag. Von daher wäre ein Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr wünschenswert.

Herr Bittcher warnt davor nur Häuschen hinzustellen und plädiert dafür eine Taktverdichtung vorzunehmen, um mit jeder Bahn einen sicheren Anschluss zu haben.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, den Antrag bis zur Sitzung am 27.03.2018 zurückzustellen, um den Mitgliedern des Ausschusses und dem Ortsbeirat die Gelegenheit zu geben, einen konsensfähigen Antrag vorbereiten zu können.

Der Vorschlag auf Zurückstellung des Antrages wird mit 6/0/0 angenommen.

**zu 4.4 Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier: Prioritätenfestlegung 2018-2019
Vorlage: 18/SVV/0003**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
alle OBR

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) erinnert, dass die Verwaltung seit 2001 in regelmäßigen Abständen eine entsprechende Beschlussvorlage zur Bestätigung der Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung vorlegt. Gegenstand auch dieser Beschlussvorlage ist eine Regelung, welche der vielen in Arbeit befindlichen Bebauungsplanverfahren mit welcher Dringlichkeit bearbeitet werden sollen und welche anderen angesichts der begrenzten personellen Kapazitäten zurückgestellt werden müssen. Seit dem letzten Stand der Beschlussfassung vom 05.04.2017 sind weitere Wünsche zu diversen Planverfahren an die Verwaltung herangetragen worden mit der Bitte um dringliche Aufnahme in die Bearbeitung. Für die Jahre 2018/2019 ist daher eine erneute Entscheidung über die Dringlichkeit der Aufnahme in die Bearbeitungsprioritäten im Bereich Verbindliche Bauleitplanung erforderlich. Für den bevorstehenden Zeitraum 2018/2019 existiert ein unverändert hoher Bedarf an neuen Wohnungsbau- und Gewerbeflächen neben der zugleich bestehenden außerordentlichen Dringlichkeit für die Bereitstellung der erforderlichen sozialen Infrastruktur. Zugleich besteht noch eine Diskrepanz in der Personalausstattung, da noch offen ist, ob eine bis zum Sommer 2018 befristete Stelle in eine dauerhafte Stelle umgewandelt werden kann.

Frau Holtkamp stellt die Vorhaben, die für eine Einordnung in die Priorität 1 I (zur Investitionsvorbereitung)

- Nr. 18, 5. Änderung Kirchsteigfeld, Teilbereich Gewerbeflächen
- Planverfahren zur städtebaulichen Entwicklung des Bereiches um den Seekrug und den Bahnhof Pirschheide
- VBP Waldpark Großbeerenstraße

sowie in die Priorität 1 Q (zur städtebaulichen Qualitätssicherung)

- Nr. 60 Bertinistraße, 1. Ergänzung
- Am Königsweg, 15. Änderung (OT Fahrland)

vorgesehen sind, vor.

Frau Holtkamp ergänzt, dass aufgrund einer befristet besetzten Stelle folgende Vorhaben zur Rückstufung in die Priorität 2 I vorgeschlagen werden:

- Nr. 2, 5. Änderung Horstweg-Süd, Landesverwaltung mit Schulstandort
- Nr. 138 Am Schlaatz
- Nr. 1 A Großer Plan BA 1, 1. Änderung und Ergänzung (OT Golm)
- Nr. 147 Anbindung Golm / Golmer Chaussee
- Nr. 157 Neue Mitte Golm
- Glasmeisterstraße

Für den Fall, dass die Befristung der Planerstelle aufgehoben werden sollte, könnten die Vorhaben Nr. 2, 138, 1 A, 147 und 157 wieder in Priorität 1 hochgestuft werden.

Frau Holtkamp führt aus, dass die Beschlussvorlage bereits in den meisten Ortsbeiräten beraten worden ist. Aus den Ortsbeiräten Golm, Eiche und Grube gibt es folgenden gleichlautenden Antrag:

„Das BP-Verfahren Nr. 147 „Anbindung Golm/ Golmer Chaussee“ wird in Priorität 1 Q hochgestuft.“

Die Benennung eines Verfahrens, welches stattdessen zurückgestuft werden soll, sei nicht erfolgt.

Herr Jäkel ergänzt, dass der Ortsbeirat Eiche sich ebenfalls für die Hochstufung der Anbindung Golm/ Golmer Chaussee ausgesprochen habe, jedoch mit dem Beschluss, dass ggf. die Bebauungspläne Nr. 18 (Kirchsteigfeld, 5. Änderung) oder Pirschheide (mit Projektsteuerung; in Vorbereitung) von Priorität 1 in die Priorität 2 zurück gestuft werden.

Frau Frenzel ergreift als Mitglied des Ortsbeirates Golm das Wort und bringt folgenden Änderungsantrag ein:

„Das Bebauungsplanverfahren Nr. 147 „Anbindung Golm / Golmer Chaussee“ wird in Priorität 1 Q hochgestuft.“

Sie erläutert, dass der Vorschlag der Rückstufung des Verfahrens nicht nachvollziehbar sei und sich eine prioritäre Aufnahme des B-Planes Nr. 147 zwingend aus der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 129 „Nördlich in der Feldmark“ sowie dem geplanten kurzfristigen Baubeginn von universitären Einrichtungen im Geltungsbereich ergeben würde. Zudem verweist sie auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 5. April 2017, welcher das Verfahren Bebauungsplan Nr. 147 als vorrangigen Nachrücker festgelegt habe

und macht aufmerksam, dass die Attraktivität eines Standortes wesentlich von der Anbindung abhängen würde.

Herr Schütt erkundigt sich nach dem Bebauungsplanverfahren „Insel Neu Fahrland“, da er den Eindruck habe, dass es dort einen Stillstand gebe. Aus seiner Sicht wäre es denkbar den Bebauungsplan Nr. 143 "Westliche Insel Neu Fahrland" zurückzustufen und dafür den B-Plan Nr. 147 hochzustufen.

Frau Holtkamp kann den Empfehlungen die B-Päne Nr. 18 „Kirchsteigfeld“, Nr. 143 „Westliche Insel Neu Fahrland“ und Pirschheide zurückzustufen nicht folgen und informiert über den gegenwärtigen Bearbeitungsstand.

Verwaltungsseitig hält sie eher eine Rückstufung folgender Pläne für denkbar:

- B-Plan Nr. 19 in Groß Glienicke (Sicherung einer zusätzlichen Sportfläche)
- B-Plan Nr. 158 Am Küssel (OT Grube)
- B-Plan Nr. 7 Innenbereich, Teilbereich An der Sporthalle in OT Groß Glienicke (Umnutzung des Trafohauses und des Grundstücks für gemeinnützige Zwecke)

Frau Hüneke stellt dar, dass es zum Bebauungsplan Nr. 157 „Neue Mitte Golm“ ein ausführliches Beteiligungsverfahren gegeben habe. Bei einer Rückstufung in die Priorität 2 müsse sichergestellt werden, dass zwischenzeitlich kein Bauvorhaben genehmigt wird, welches nicht den Zielen des B-Planes Nr. 157 entspricht.

Frau Holtkamp antwortet, dass man diese Sicherheit nicht geben könne, da es bereits bestehende Baurechte gibt.

Frau Hüneke beantragt die Hochstufung des Bebauungsplanes Nr. 157 „Neue Mitte Golm“ in Priorität 1. Im Gegenzug wäre eine Rückstufung des Bebauungsplanes Nr. 158 „Am Küssel“ oder B-Plan Nr. 7 Innenbereich denkbar.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) macht aufmerksam, dass die Verwaltung intensiv an der Vorbereitung der Verwaltungsvorlage gearbeitet habe und bittet die Äußerungen von Frau Holtkamp nicht so zu verstehen, dass die drei angeführten Bebauungsplanverfahren verwaltungsseitig zur Rückstufung vorgeschlagen werden. Dafür wäre eine Antragstellung durch die Stadtverordneten erforderlich.

Herr Jäkel kündigt an über die Rückstufung des B-Planes Nr. 19 im OT Groß Glienicke nachdenken zu wollen.

Herr Goetzmann bittet zu berücksichtigen welcher Ortsteil beansprucht wird und rät davon ab, auch die zweite Veränderung im gleichen Ortsteil vorzunehmen.

Herr Eichert bringt die Gespräche zum B-Plan „Am Küssel“ in Erinnerung. Er rät von einer Rückstufung ab und hinterfragt nochmals den Personalschlüssel.

Herr Goetzmann erläutert, dass die hier in Anspruch genommene Stelle im Sommer 2018 ausläuft und es eine neue Stelle erst ab 2019 geben wird. Man sei jedoch intensiv bemüht eine Lösung zu finden.

Herr Jäkel stellt, den Voten der Ortsbeiräte folgend, den Änderungsantrag: „Das Bebauungsplanverfahren Nr. 147 „Anbindung Golm / Golmer Chaussee“ wird in Priorität 1 Q hochgestuft. Der B-Plan Nr. 19 „Ehemaliger Schießplatz“ OT Groß Glienicke ist in Priorität 2 zurückzustufen und wird als Nachrücker in Priorität 1 vorgesehen.“

Frau Hüneke hält an ihrem Antrag den B-Plan 157 „Neue Mitte Golm“ in Priorität 1 hochzustufen fest. Zurückzustufen in Priorität 2 ist der B-Plan Nr. 158 „Am Küssel“ OT Grube. Auch dieser ist für ein Nachrücken in Priorität 1 vorzusehen.

Herr Eichert macht aufmerksam, dass die Ortsbeiräte keine Gelegenheit hatten die vorgebrachten Änderungswünsche zu beraten. Hinsichtlich der personellen Situation handelt es sich um eine temporäre Lücke. Er plädiert dafür an Beschlossenem festzuhalten und sobald die Stelle wieder besetzt ist, umzusetzen.

Herr Bittcher bittet die Behandlung der Vorlage um 14 Tage zurückzustellen, so dass die Ortsbeiräte sich mit den Änderungsanträgen befassen können.

Der Ausschussvorsitzende macht aufmerksam, dass dies geschäftsordnungstechnisch schwierig sei.

Herr Goetzmann greift der Rückäußerung der Ortsbeiräte vor. Aus dem Ortsbeirat Groß Glienicke wird vermutlich hinsichtlich des B-Planes Nr. 19 aufmerksam gemacht, dass aufgrund des großen Problems mit Sportflächen im Innenbereich kein Verzicht erfolgen könne und der Ortsbeirat Grube wird darauf verweisen, dass der OT Grube jahrelang keinen Bebauungsplan in Priorität 1 hatte. Es sei klar, dass die Änderungsanträge den Interessen der beiden Ortsbeiräte entgegen stehen.

Frau Hüneke schlägt vor zu erklären, dass die B-Pläne Nr. 147 und 157 als 1. Nachrücker vorgesehen werden.

Herr Jäkel stellt den Antrag für den Ortsbeirat Eiche den B-Plan Nr. 18 KSF in Priorität 2 zu stufen und als ersten Nachrücker vorzusehen und den B-Plan Nr. 147 Anbindung Golm/ Golmer Chaussee in Priorität 1 hochzustufen.“

Herr Dr. Naumann spricht sich dafür aus, den B-Plan Nr. 18 „Kirchsteigfeld“ in der Priorität 1 zu belassen.

Frau Reimers hinterfragt die Bedeutung der in der Anlage 1 dargestellten Kernpositionen, hier insbesondere den Buchstaben „Z“.

Frau Holtkamp erläutert, dass „Z“ für ein zügiges Umsetzungserfordernis spricht. Die vorbereitenden Untersuchungen werden derzeit durchgeführt und das Erschließungserfordernis steht nicht unbegrenzt zur Verfügung.

Frau Hüneke stellt den Geschäftsordnungsantrag die Vorlage heute in erster Lesung zu behandeln und am 27.03.2018 erneut aufzurufen. In der Zwischenzeit könne darüber nachgedacht werden, welches der Bebauungsplanverfahren von der Priorität 1, welches nicht mit einem „Z“ gekennzeichnet ist, zurückzustellen. Für den GO-Antrag spricht Herr Jäkel. Dagegen spricht niemand.

Der GO-Antrag auf Zurückstellung wird mit 6/0/0 bestätigt.

zu 4.6 BE zu "Zeppelinstraße, mikroskopische Simulation auf einer Datenbasis" (gem. Beschluss zu DS 16/SVV/0365) Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Tagesordnungspunkt 4.6 wird vorgezogen.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) erinnert an den Auftrag der Stadtverordnetenversammlung, am Beispiel einer Simulation die Leistungsfähigkeit der Zeppelinstraße für die Verkehrsart ÖPNV auf der Basis aktueller Zahlen zu untersuchen und knüpft an die Berichterstattung im Oktober 2017 an. Die Datenlage sei jetzt klar, so dass der Auftrag jetzt unmittelbar ausgelöst werden kann, um voraussichtlich im April die Ergebnisse vorstellen zu können. Für die mikroskopische Verkehrssimulation werden berücksichtigt:

- Szenarien der ÖPNV-Entwicklung
- Auswirkungen der Busbrechung Pirschheide
- Anpassung der Signalsteuerung
- Vergleich der Reisezeiten

zu 4.5 BE zur "Verbesserung der Verkehrsführung für den ÖPNV Knotenbereich " Zeppelinstraße/Kastanienallee (gem. Beschluss zu DS 16/SVV/0266) Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Tagesordnungspunkt 4.5 wird zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 4.7 behandelt.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) erinnert, dass zuletzt im März 2017 berichtet worden ist, welche Umgestaltungsmöglichkeiten hier eine Rolle spielen.

Das Ergebnis der Variantenuntersuchung liegt mit der Mitteilungsvorlage 18/SVV/0157 (sh. TOP 4.7) vor. Die Kastanienallee wurde dafür in folgende drei Querschnittsabschnitte gegliedert:

- Maybachstraße bis Geschwister-Scholl-Straße
- Haeckelstraße bis Maybachstraße
- Zeppelinstraße bis Haeckelstraße

Anhand einer Präsentation geht Herr Niehoff auf die Bestandssituation ein und erläutert aus verkehrlicher Sicht die jeweilige Vorzugsvariante für die drei Straßenabschnitte.

Verschiedene Ausschussmitglieder widersprechen der vorgelegten Planung. Die Aufgabe des Baumbestandes sei nicht erforderlich und auch nicht gewünscht. Ebenso wird die Verbreiterung der Fahrbahn zugunsten eines Radweges nicht für notwendig gehalten. Aufgrund der Breite der Fußwege sei die Integration des Radweges denkbar. Die Einbringung der Natursteinpflaster-Reihensteine aus der Fahrbahn könne in den Seitenbereichen bzw. den Einmündungen der Nebenstraßen erfolgen, um die städtebauliche Qualität zu wahren.

Herr Niehoff stellt dar, dass bei der hier vorgelegten Planung auch die Aufgabenstellung aus dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung von Juni 2016 – 16/SVV/0266 – zugrunde gelegt wurde. Mit dem Beschluss wurde die Verwaltung u.a. beauftragt die Verbesserung der Verkehrsführung für den ÖPNV im Knotenbereich Zeppelinstraße/Kastanienallee zu prüfen. Dabei sollten u.a. folgende Punkte untersucht werden.

- ob die Schaffung einer gemeinsamen Bus- und Tramführung in der Kastanienallee ab der Tramhaltestelle möglich ist
- ob die Schaffung eines Schutzstreifens / Radstreifens in der Kastanienallee ab Haeckelstraße mit direkter Linksabbiegemöglichkeit in die Zeppelinstraße möglich ist
- und ob der Umbau der gesamten Kastanienallee zur Schaffung einer durchgängigen ÖPNV-Spur möglich ist.

Auch diesem Auftrag, sich mit der Kastanienallee auseinanderzusetzen, ist die Verwaltung gefolgt und hat mit der Vorlage die Varianten vorgestellt. Dies bedeutet nicht, dass diese Varianten jetzt auch so umgesetzt werden.

Der Ausschussvorsitzende macht aufmerksam, dass es sich hier um die 1. Lesung der Mitteilungsvorlage handelt und bittet in Vorbereitung der 2. Lesung am 24.04.2017 die verschiedenen untersuchten Varianten, insbesondere die, die den Straßenquerschnitt mit Baumbestand erhält, zur Verfügung zu stellen, um Vergleiche erkennen zu können.

zu 4.7 Städtebauliches Sanierungskonzept Kastanienallee
Vorlage: 18/SVV/0157
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)

Siehe TOP 4.5.

Die 2. Lesung zur Mitteilungsvorlage 18/SVV/0157 wird am 24.04.2018 erfolgen.

zu 4.8 Verkehrslenkung für die vom Schleichwegeverkehr betroffenen Wohngebiete im Bornstedt/Bornim/Nedlitz
Vorlage: 18/SVV/0155
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage 18/SVV/0155 zur Kenntnis.

zu 4.9 Durchgangsverkehr Hügelpfad reduzieren
Vorlage: 18/SVV/0055
Fraktion CDU/ANW, SPD
(Wiedervorlage)

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) verweist auf die Mitteilungsvorlage 18/SVV/0155 (siehe TOP 4.8). Darin ist dargestellt, welche der Routen zu überprüfen sind. Es ist vorgesehen den Auftrag im Sinne eines Leistungspaketes extern zu vergeben, um zu analysieren, wie viel Verkehr dort fließt und was man damit machen kann. In dem Paket der zu untersuchenden Straßen ist auch der Hügelpfad enthalten, so dass Herr Niehoff bittet von einem gesonderten Antrag abzusehen.

Herr Eichert stellt den Antrag als Antragsteller bis auf weiteres zurück und wird ihn ggf. in Kenntnis der Ergebnisse nochmals in den Geschäftsgang bringen.

Der Antrag wird zurückgestellt. Der Antragsteller wird signalisieren, wann der Antrag erneut im Ausschuss aufzurufen ist.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

zu 6

Sonstiges

Herr Bittcher greift den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Entwicklungsmaßnahme Krampnitz in der März Sitzung auf und bittet um Auskunft, wann der Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung zum beschleunigten Verfahren vorgelegt wird. Ebenso erkundigt sich Herr Bittcher nach der Bewertungsmatrix zum Wettbewerbsverfahren.

Herr Rubelt stellt dar, dass es sich bei dem angeführten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung nicht um ein beschleunigtes Verfahren gehandelt habe, sondern dass statt der bisher erforderlichen vierteljährlichen Berichterstattung im Hauptausschuss, die Berichterstattung künftig im Forum Krampnitz erfolgt.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) teilt mit, dass es hier keine formale Festlegung gebe. Die gesetzlichen Vorschriften geben vor, dass einzig der Satzungsbeschluss durch die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen ist. Im Forum Krampnitz ist berichtet worden, wie mit der Eilbedürftigkeit umgegangen werden soll. Das Verfahren bedarf keiner Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung. Gleichwohl wird ein Schreiben an die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung angekündigt, in welchem über den Verfahrensvorschlag informiert werden soll.

Zur Frage der Bewertungsmatrix verweist Herr Goetzmann auf die Auslobung des offenen Städtebaulichen Realisierungswettbewerbes. Darin sind die Beurteilungskriterien dargelegt; die Reihenfolge der Kriterien hat keinen Einfluss auf deren Wertigkeit.

Herr Bittcher bittet in der Niederschrift festzuhalten, dass alles was Bebauungspläne betrifft einer normalen Beratungsfunktion bedarf. Zudem macht er aufmerksam, dass die Versendung der Forum-Krampnitz -Protokolle sehr spät erfolgt.

Ebenso bittet Herr Bittcher mit Verweis auf die aktuellen Presseberichte zur Wohnbebauung Bürgershof um Auskunft.

Herr Rubelt informiert, dass das Baugenehmigungsverfahren läuft und Unterlagen nachgefordert worden sind. Derzeit könne nicht beurteilt werden, was genehmigungsfähig ist.

Frau Hüneke regt an, diese Thematik für den Vorbesprechungstermin vorzumerken.

Frau Hüneke spricht die Verwaltungsvereinbarung zum Schutz des Weltkulturerbes an und bittet in der kommenden Sitzung über die Gespräche zu informieren.

Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift